

Vortrag in der Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Land Brandenburg am 24.4.2010 in Kyritz

„Sozialistischer Frühling“ im Dorf. Diese Wortprägung tauchte erstmals im Leitartikel des „Neuen Deutschland“ vom 20. März auf. Aber Hunderttausende von Bauern fühlten sich 1960 vor den Kopf gestoßen, weil man sie in die LPG drängte. „De Appel is riep“, rief der Rostocker SED-Bezirkssekretär Mitte Januar den widerstrebenden Kavelisdorfer Bauern im Kreis Ribnitz-Damgarten entgegen. (Abbildung 2) Die „Ostsee-Zeitung“ machte daraus eine Schlagzeile. Die Wertung wurde zum Leitspruch für Agitationstrupps in den Dörfern.

Sie werden den Realitätsgehalt dieses Slogans schon damals beargwöhnt haben, wenn Sie in dörflicher Nähe lebten. *Ich gehörte nicht dazu. Was ich jetzt vortrage, ist das Ergebnis historischer Recherchen – der Kollegen und auch der meinigen.*

Ich gliedere den Vortrag in sechs Schritte:

1: Die Zielsetzung der Politik

2: Das vollgenossenschaftliche Dorf

3: Das Dilemma der SED-Politik: Widerstrebende Bauern

4: Der Weg zur LPG

5: Die Folgen einer Kapitulation der Bauern vor der Staatsmacht

6: Die Langzeitwirkungen

1: Die Zielsetzung der Politik

Nach der Bodenreform von 1945/46 und der Wiederherstellung der Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft stand auch in der DDR eine Modernisierung an. Die SED vertrat den Standpunkt: Ein antikapitalistischer Entwicklungspfad muss auch die Landwirtschaft einschließen. Arbeiter und Bauern sollten gemeinsam die maschinelle Großproduktion in der Landwirtschaft gestalten, genossenschaftliche Betriebe den Bauern eine Zukunft sichern.

Das Konzept fußte auf Überlegungen von Friedrich Engels in seiner Schrift „Die Bauernfrage in Frankreich und Deutschland“ 1894: „...Erstens ist der Satz des französischen Programms unbedingt richtig: dass wir dem unvermeidlichen Untergang des Kleinbauern voraussehen, aber keineswegs berufen sind, ihn durch Eingriffe unsrerseits zu beschleunigen. Und zweitens ist es ebenso handgreiflich, dass, wenn wir im Besitz der Staatsmacht sind, wir nicht daran denken können, die Kleinbauern gewaltsam zu expropriieren (einerlei, ob mit oder ohne Entschädigung), wie wir dies mit den Großgrundbesitzern zu tun genötigt sind. Unsre Aufgabe gegenüber dem Kleinbauer besteht zunächst darin, seinen Privatbetrieb und Privatbesitz in einen genossenschaftlichen überzuleiten, nicht mit Gewalt, sondern durch Beispiel und Darbietung von gesellschaftlicher Hilfe zu diesem Zweck.“ Und Engels schreibt dann weiter: „Die Hauptsache bei alledem ist und bleibt die, den Bauern begreiflich zu machen, dass wir ihnen ihren Haus- und Feldbesitz nur retten, nur erhalten können durch Verwandlung in genossenschaftlichen Besitz und Betrieb. Es ist ja grade die durch den Einzelbesitz bedingte Einzelwirtschaft, die die Bauern dem Untergang zutreibt. Beharren sie auf dem Einzelbetrieb, so werden sie unvermeidlich von Haus und Hof verjagt, ihre veraltete Produktionsweise durch den kapitalistischen Großbetrieb verdrängt. So liegt die Sache; und da kommen wir und bieten den Bauern die Möglichkeit, den Großbetrieb selbst einzuführen, nicht für kapitalistische, sondern für ihre eigne gemeinsame Rechnung.“

Als Engels diese Zeilen schrieb, zeichnete sich schon in der Landwirtschaft das beginnende Maschinenzeitalter ab. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhundert bekam die Agrarproduktion in Großbetrieben und auf größeren Bauernhöfen ein ganz anderes Gesicht. Als die KPD 1945 antrat und die SED 1946 sich ein Programm gab, war dies zu bedenken, aber eine antifaschistisch-demokratische Umgestaltung mit einer Bodenreform und der Wiederaufbau der kriegsgeschädigten Landwirtschaft standen im Vordergrund – 1946 in den „Grundsätzen und Ziele der SED“ als „Gegenwartsforderungen“ für Ost und West deklariert. Als Fernziel wurde gemäß marxistischer Tradition eine sozialistische Umformung der Gesellschaft avisiert. Zur Zukunft der Mittelschichten in Stadt und Land hieß es recht unbestimmt: „Der

Sozialismus ...beseitigt das durch die Ausbeutung geschaffene Kapitaleigentum, die Klein- und Mittelbesitzer aber befreit er von der Gefahr, durch die Kapitalhyänen verschluckt zu werden; er sichert den werktätigen Bauern und den Gewerbetreibenden auf neuer Grundlage [Hervorhebung S.K.] eine bessere Existenz“:

Nachdem zwei deutsche Staaten entstanden und im Frühjahr 1952 die Stalinschen Vorschläge für Schritte zur deutschen Wiedervereinigung vom Westen abgelehnt worden waren, erklärte die SED abrupt das Fernziel zum Nahziel, die Bildung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften besonders betonend. Die Dinge nahmen ihren Lauf, zunächst als freiwillige Entscheidung, dann obrigkeitsstaatlich vorangetrieben, zeitweise mit rigidem Zwang. 1958, beim V. Parteitag, hielt die SED die Zeit für gekommen, den Übergang zum Sozialismus zu forcieren. Das galt insbesondere für das Dorf. Man wusste: Der Genossenschaftssektor kann nur erfolgreich sein, sind die wirtschaftsstabilen Höfe dabei. „Gewinnt die Mittelbauern“, hieß es. „Vollgenossenschaftlichkeit“ kam als Wort auf und wurde zum Ziel. Um Einzelbauern den Schritt zu erleichtern, besann man sich wieder auf den beinahe schon vergessenen LPG-Typ I. Zugleich erklärte man, es dürften nun weitere Genossenschaften neben der bestehenden LPG im Dorf gebildet werden. Das Konzept schien aufzugehen. Als der Kreis Eilenburg Mitte Dezember 1959 die sog. Vollgenossenschaftlichkeit meldete, sah sich das ZK in seinem Kurs bestätigt. Das sog. Landwirtschaftsplenum noch im alten Jahr gab jedoch kein Startsignal. Das kam erst in einer Beratung der Parteiführung mit den Bezirkssekretären am 27. Januar 1960 - einige Tage vor der Beratung der Bruderparteien in Moskau darüber, wie die Landwirtschaft in den entwickelten kapitalistischen Ländern überflügelt werden könne. Über die Entscheidungsfindung ist viel diskutiert und spekuliert worden - nicht zuletzt wegen der Initiative von Karl Mewis. Ich sehe einen Zusammenhang mit dem Chruschtschow-Besuch in den USA, mit der für Mai anberaumten Pariser Außenministerkonferenz und mit der Politik Adenauers. *Möcht e mich dazu aber zunächst nicht äußern.*

2: Das vollgenossenschaftliche Dorf 1960

Am 4. März meldete der Bezirk Rostock als erster die „Vollgenossenschaftlichkeit“. Neubrandenburg folgte am 12., Schwerin am 29. März. (Abbildung 4) Am 14. April endete die Kampagne im Bezirk Karl-Marx-Stadt. Mit wenigen Ausnahmen waren nunmehr alle Bauern in den LPG. *Das Ausmaß des Umbruchs möchte ich mit einigen Zahlen verdeutlichen.* Mitte 1959 hatten die LPG 40 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Besitz; nun waren es 85 Prozent (der Rest: Staatsgüter und andere öffentliche Betriebe sowie die verbliebenen 12.000 Einzelbauern). Noch aussagekräftiger sind die Anteile an der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion: einzelbäuerliche Betriebe 1959 50 Prozent, die LPG jedoch nur ein Drittel.

1960 gelangten beinahe 300.000 bäuerliche Höfe in den Genossenschaftssektor. Das waren zwei Drittel aller Höfe, die die Jahre seit 1952 überdauert hatten. Im Unterschied zu den Vorjahren handelte es sich um wirtschaftsstabile Höfe überwiegend mittelbäuerlichen Charakters. Diese hatten es mit immensem Fleiß der ganzen Familie, mit mehr oder weniger Traktorenhilfe der MTS, nicht zuletzt aber dank des gesicherten Absatzes der Agrarprodukte und der lukrativen „Freien Spitzen“ zu einigem Wohlstand gebracht.

Die gesellschaftliche Relevanz reicht aber über die genannten Zahlenwerte weit hinaus. In den Dokumenten der kommunistischen Bewegung war die Gewinnung der Bauern für den Sozialismus stets als schwierigste Aufgabe gekennzeichnet worden. Nun, 1960, hieß es, jetzt habe der Sozialismus in Stadt und Land gesiegt.

Ohne lange begrifflich zu argumentieren, sei aber bemerkt: Sieg des Sozialismus hätte eine neue Produktionsweise bedeuten müssen - mit einer Produktivität höher als die der kapitalistischen Agrarwirtschaft.

Die Bildung von LPG 1960 war zunächst nur ein juristischer Akt: die Konstituierung genossenschaftlicher Produktionsverhältnisse auf dem Papier - nicht weniger, aber auch nicht mehr. Das war sozusagen der erste Schritt zu neuen Produktionsverhältnissen als Bewegungsform der agraren Produktivkräfte, jedoch noch nicht diese selbst. Die Losung hieß 1961/62 mit Recht: Aufnahme des genossenschaftlichen Wirtschaftens – und dann, etwa ab 1962/63: „gute genossenschaftliche Arbeit“. (Abbildung 5) Eine neue Produktionsweise konnte unter den Bedingungen des letzten Drittels des 20. und beginnenden 21. Jahrhunderts nur sein: Übergang zu einer von der Wissenschaft geleiteten, mit industrieähnlichen Methoden betriebenen landwirtschaftlichen Großproduktion - gestützt auf die wissenschaftlich-technischen Errungenschaften, insbesondere auf EDV und Biotechnologie. 1960 war also nicht mehr als ein erster Schritt auf einem langen Weg.

3: Das Dilemma der SED-Politik: Widerstrebende Bauern

Die DDR-Politik zur Vergenossenschaftung befand sich mehrfach in einem Dilemma.

Erstens. Es fehlten weitgehend die volkswirtschaftlichen Voraussetzungen für den generellen Übergang zur Großproduktion. Nur in einer Reihe von Beispiel-LPG war die Pflanzenproduktion

vollmechanisiert und die Mechanisierung der Tierproduktion schon auf gutem Wege. Die Bauern hatten tagtäglich die volkswirtschaftlichen Engpässe bei Mineraldünger, Traktoren und Maschinen, bei Baumaterialien vor Augen. Sie sahen mit kritischem Blick auf eine primitive Offenstallhaltung. Wie sollten sie glauben, für die neuen LPG sei das Allernötigste für eine Großraumwirtschaft rasch zur Stelle? Die bäuerliche Skepsis leitete umso mehr das Denken und Handeln, als viele meinten, aus ihren Wirtschaften noch mehr herausholen zu können.

Die Volkswirtschaftsplanung ging Ende der 50er Jahre von folgendem Ansatz aus: Voraussetzungen für eine durchgängige Großraumwirtschaft können erst Mitte der 60er Jahre gegeben sein, frühestens 1963.

Zweitens. Es bestand eine hohe Hemmschwelle für einen Beitritt zur LPG. Das war der Zustand der meisten LPG, ihr niedriges Entwicklungsniveau.

Freilich gab es in jedem Kreis zumindest eine beispielgebende Genossenschaft. Jeder wusste jedoch: Diese Leuchttürme hatten eine besondere materielle und personelle Förderung erfahren.

Die meisten Einzelbauern sahen sich im eigenen Dorf oder Nachbarort mit einer wirtschaftsschwachen LPG Typ III konfrontiert. Diese Betriebe standen im Leistungsniveau trotz staatlicher Vergünstigungen zurück mit Negativwirkungen im Lebensniveau.

Beispielsweise war das im Bezirk Frankfurt/Oder in drei Viertel aller LPG Typ III der Fall.

Neben den begreiflichen Anfangsschwierigkeiten gab es viele anderen Hemmnisse: keine fachlich gebildeten Leiter, keine erfahrenen Bauern, geringe Anreize zu produktiver Arbeit. Dazu kamen Misswirtschaft, ja selbst kriminelle Handlungen wie Viehverkauf zur Bereicherung Einzelner. Haupthemmnis dürfte jedoch der chronische Arbeitskräftemangel gewesen sein, den die MTS nicht ausgleichen konnte. Den LPG waren riesige Flächen aufgehalst wurden – als Folge der Vertreibung von Großbauern und wegen der Abwanderung etwa jedes zweiten Neubauern aus der Landwirtschaft. In einer allerdings unveröffentlicht gebliebenen Dissertation war schon 1987 eine Deformierung des genossenschaftlichen Sektors nachgewiesen worden.

Es bestätigte sich 1960, was gebildete SED-Führungskader natürlich wussten: Bauern sind nur dann vom Neuen zu überzeugen, wenn sie es am praktischen Beispiel erleben.

Vielleicht erklärt sich der Vorsprung des Kreises Wismar als erster vollgenossenschaftlicher Kreis im Norden daraus, dass schon 1959 durchschnittlich ein Wert der Arbeitseinheit von 8,80 Mark erreicht wurde.

Es ist bemerkenswert, in welcher Konkretheit Karl Mewis im März 1960 widerstrebendes Verhalten und Schwierigkeiten benennt. In einem ND-Interview erscheinen folgende Argumente: „Wir haben Zeit, es ist noch nicht alles ausgereift.“, „Warum gerade jetzt?“, „Wir waren bisher unser eigener Herr; sollen wir wieder nach der Uhr, nach der Glocke [wie früher im Gutsbetrieb] arbeiten?“, „Wir verdienen als Einzelbauern mehr“. Auf dem März-Plenum führte Mewis verallgemeinernd aus: „In vielen Dörfern hat es Konflikte gegeben, die wir gar nicht richtig sahen, wo auf der einen Seite der Züchter oder der gute Landwirt erfolgreich individuell arbeitete, 20.000, 30.000, 40.000 Mark Überschuss im Jahr hatte, und auf der anderen Seite die LPG gezwungen war, sich auf kleinsten Flächen ohne Vieh mühselig durchs Leben zu quälen.“ Unter den 15.000 Einzelbauern im Januar seien 1.100 erfolgreiche Rinderzüchter gewesen, „darunter sehr viele Genossen.“ Es dürfte keine singuläre Meinungsäußerung gewesen sein, wenn die Altsiedlerin Sophia Krzykus in Schönenwalde, Mitbegründerin der CDU im Kreis Grimmen und engagierte Bäuerin, in einem familiären Brief im Februar 1960 mitteilt, es falle ihr „furchtbar schwer, den Schritt [zur LPG] zu tun: Am meisten graut uns ja vor der Uneinigkeit und vor denen, die saufen anstatt zu arbeiten.“ Tief verwurzelter bäuerlicher Individualismus versperrte vielen die Sicht auf die Vorteile gemeinsamen Tuns. Sprichwörtlich abwertend: „Kumpanei ist Lumperei!“.

Drittens. Es ist der gesamtdeutsche Rahmen in Rechnung zu stellen. In der Bundesrepublik hatte die Verfügbarkeit moderner Produktionsmittel, vor allem an Landtechnik, einen steilen Aufstieg von Flächen- und Arbeitsproduktivität bewirkt. Die „Grüne Woche“ in Westberlin übte alljährlich eine faszinierende Anziehungskraft aus: „Wirtschaftswunder Bundesrepublik“! Dass die Modernisierung vor allem zum Nutzen der größeren Höfe geschah und mit zunehmender Kreditbelastung verbunden war, übersah man oft. Das Verschwinden zehntausender kleiner Bauernstellen wurde hingegen als marktwirtschaftlich bedingtes „Wandern des Bodens zum besseren Wirt“ gesehen. Manchem Bauern schien der von der SPD propagierte „Dritte Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus plausibel. Auch die psychologisch professionelle Negativberichterstattung der westlichen Radiostationen hatte Wirkungen, so vor allem die des Westberliner RIAS, der mittels eines ausgedehnten Informantennetzes aus vielen Ecken der DDR berichtete. Im März und April 1960 erschienen täglich in der führenden BRD-Zeitung „Die Welt“ an prononcierter Stelle Nachrichten über die LPG-Kampagne. (Abbildung 6)

4: Der Weg zur LPG

1960 fand nur eine Minderzahl von Bauern von sich aus den Weg in die LPG – sei es aus gesellschaftlicher Einsicht oder infolge einer konkreten Argumentation mit Dorfentwicklungskonzepten, die überzeugten und den letzten Anstoß gaben. Jedoch: Nicht die offiziell postulierte Freiwilligkeit war das Charakteristikum der Kampagne für die Vollgenossenschaftlichkeit, sondern politisch-ideologischer Druck. Das ist quellenmäßig verbürgt. Die seit 1990 entstandenen Arbeiten weisen in dieser Hauptaussage eine große Übereinstimmung auf.

Die Bezeichnung „sozialistischer Frühling“ war also ein euphemistisches Konstrukt der Propagandisten. „Rauhreif“ habe sich über die ostdeutschen Dörfer gelegt - so der Parteivorstand der westdeutschen Sozialdemokratie. Diese bildliche Charakterisierung dürfte der Gefühlslage der meisten Bauern entsprochen haben. Man wird im Dorf hingegen den Kopf geschüttelt haben, dass die DDR-Volkskammer von einer „Vollendung der Bauernbefreiung“ sprach. (Abbildung 7)

Gelang es nicht, Bauern von der Vorteilhaftigkeit des genossenschaftlichen Weges zu überzeugen oder mit Versprechungen zu überreden, so wurden sie von Agitatoren hart bedrängt - vielfach mit grobschlächtigen Argumenten. Einzelne Dörfer und Höfe wurden tagelang regelrecht belagert.

Erinnern Sie sich an eine Szene im Film „Wege übers Land“?

Hartnäckig widerstrebenden Bauern wurde juristische Verfolgung angedroht. Es kam zu Gesetzesverletzungen, polizeilichen Übergriffen und Verhaftungen. Als Folge psychischen Terrors erlitten Bauern Nervenzusammenbrüche. Es gibt auch Meldungen - allerdings bisher nicht überprüft -, dass Bauern ihrem Leben ein Ende setzten.

Die Bauern wurden Opfer einer staatlichen Politik. Diese stellte unter der gegebenen außenpolitischen Konstellation und angesichts der deutsch-deutschen (Nicht-)beziehungen die Staatsräson absolut in den Vordergrund. Sucht man nach eindeutigen Beispielen diktatorischen Handelns in der DDR-Geschichte, so müsste der sog. „sozialistischen Frühling 1960“ genannt werden. In der Sprache des PDS-Gründungsparteitags würde dies heißen: ein Exempel stalinistischer Formen der Machtausübung. *In meinen Augen jedenfalls eine schmerzende Erkenntnis.*

Zur Verdeutlichung bisherigen Aussagen nun einige Quellenzeugnisse.

Kreis Glauchau. Der Sekretär des Rates berichtet – hier in Stichworten: im Auftrag des SED-Kreissekretärs mit weiteren Funktionären und 85 Arbeitern Meeraner Betriebe in 4 Gemeinden - für Wochen alle von der Arbeit freigestellt – brigadeweise eingesetzt, um 100 kleinere Bauern und 17 Großbauern für die LPG zu gewinnen - Einsatz täglich von früh 7 Uhr bis in den Abend, oft sogar bis in die Nachtstunden – jeweils 2 Mann zu einem Gehöft - zunächst Gespräche der Brigadeleiter mit dem „Milchkönig“ Hans, dem renommierten Schweinezüchter Erich und weiteren angesehenen Bauern - nach einer Woche die ersten Unterschriften – Verunsicherung der anderen: „Verrat“; nächtliche Treffs - endlich Diskussionen über das Wie: eine weitere LPG, weil man mit dem oder anderen „nicht konnte“?; was mit den Pferden? wie weiter mit der Herdbuchzucht? Wer soll den Vorsitzenden machen, wer den Brigadier? Nach drei Monaten alle in der LPG und diese konstituiert.

Wenn ein Diplomlandwirt als Mitarbeiter der SED-Bezirkleitung Leipzig in einem 1985 publizierten Erinnerungsband davon berichtet, eine Bauernfamilie sei 18-mal aufgesucht worden, bis der Bauer die Unterschrift gab, so möchte man heute fragen: Zeugt dieses Faktum vom Bestreben, geduldig zu überzeugen oder handelt es sich auch hier um eine Bedrückung der Familie?

Nun die Sicht einer Bäuerin. In dem schon angeführten familiären Brief schreibt Frau Krzykus: „Heute morgen schreibe ich Euch aus einem besonderen Grund. Ich weiß ja nicht, wie es in eurem Bezirk aussieht. Hier haben sie sich ja vorgenommen, alle in die LPG zu bekommen und am liebsten noch im März. Ihr müsstest einmal durch die Dörfer gehen, überall verstörte Gesichter, und die Tränen, die in dieser Zeit geweint werden, kann keiner zählen. Ich habe mich wieder zusammengerissen wegen Vater, er sah so elend aus. Die Grimmer Polizei hat sich das Ziel gesetzt, die Schönenwalder zu übertölpeln – Verzeihung: zu überzeugen. Im ganzen Februar haben wir keine Ruhe mehr bekommen. Wenn sie Sonntags mit 18 Mann ankommen, will das schon was heißen. Gestern Abend waren sie wieder bei uns. Ihr braucht aber nicht zu fürchten, dass wir was Unrechtes sagen. Vater hat ihnen gesagt, wenn ihn einer überzeugen könnte, dann hätten es seine Schwiegersöhne längst getan...“

Im Weißbuch der Bundesregierung von April 1960 sind Dutzende von Berichten geflüchteter Bauern abgedruckt, die man nicht einfach beiseite schieben kann. (Abbildung 8)

Als Beispiel: „Richard Vorrath. In unserem Dorf Paulinenaue im Kreis Nauen bestand bisher noch keine LPG. Seit Anfang März 1960 wurden wir in verstärktem Maße durch Werbekolonnen bearbeitet ... Wir waren noch 45 selbständige Bauern im Ort. Seit einem Jahr hatte man versucht, uns unter Druck zu einer LPG zu zwingen. Was aber jetzt die Werbekolonnen mit uns machten, dem konnte kein Widerstand entgegengesetzt werden. Einige Bauern und ich haben sich widersetzt. Nunmehr wurden unsere Namen einen ganzen Tag lang dauernd durch Lautsprecher verkündet, und wir wurden zu Staatsfeinden erklärt. Um Ruhe zu haben, unterschrieb ich den Beitritt zur LPG.“

Obwohl es sich bei der obrigkeitsstaatlichen Zusammenführung aller Bauern in Genossenschaften um eine der tiefsten Umformungen in der DDR-Geschichte handelt, gibt es bisher nur beschreibende Darstellungen. Eine umfassende historische Analyse fehlt. Nur wenige Falluntersuchungen und Mentalitätsanalysen liegen vor. *Ich vermute*: In nicht wenigen Dörfern verlief die Gewinnung zögernder Einzelbauern nicht so konfliktvoll, wie es bisher in unseren Darstellungen den Anschein hat.

Die Wortprägung „Zwangskollektivierung“ lehne ich prinzipiell ab. Sie pauschalisiert. Vor allem aber: Sie entstand als Kampfformel im Kalten Krieg, wie Sie sehen konnten. Auch halte ich die sehr griffige Benennung „Kollektivierung“ für bedenklich. Sie assoziiert eine Parallele zum Gewaltprozess in der seinerzeitigen Sowjetunion.

5: Die Folgen einer Kapitulation der Bauern vor der Staatsmacht

Erstens: Es trat wiederum ein Ansteigen der Republikflucht ein. Die BRD-Statistik weist aus, dass die Fluchtkurve 1953 und dann auch 1960/61 empor schnellte. Es gab offenbar eine Parallele zwischen politischem Druck zur LPG-Bildung und Flucht. (Abbildung 9)

1953 verlor die DDR 11.613 Personen aus dem Bauernstand. 1952 hatten fast 3.000 Bauern die DDR verlassen. Während des „Neuen Kurses 1954/55 lag das Level darunter, stieg dann 1956/57 etwas an, um schließlich 1958 und 1959 auf Werte unter 1.700 abzusinken. 1960 waren es 5.637 und 1961 nochmals 4.335 Personen. Dieser Kurvenverlauf bedürfte einer konkreten Ursachenforschung. Sie ist leider unmöglich, da die Akten der sog. Notaufanglager, der „Ostbüros“ und Dienste noch verschlossen sind.

Gemessen an der Gesamtzahl der Abgewanderten und Flüchtigen war der bäuerliche Anteil unterproportional. Hier ist die besondere Sesshaftigkeit angestammter Bauernfamilien zu bedenken. Es musste schon ganz schlimm kommen, wenn eine Bauernfamilie ihr Eigentum

aufgab. Hoffnung konnten nur wenige hegen, in der westdeutschen Landwirtschaft wieder selbständig zu werden. Andererseits müssen vielleicht auch die Ausgleichszahlungen im Rahmen des Lastenausgleichs in der BRD in Rechnung gestellt werden.

Zweitens: Bei der Beschlussfassung über Statuten und Betriebsordnungen gab es vielerorts Schwierigkeiten. Bauern verlangten, die Passage über den freiwilligen Zusammenschluss zu streichen. Eine abwehrende Haltung trat auch darin zutage, dass in neuen LPG die Aufnahme des gemeinsamen Arbeitens möglichst lange hinausgeschoben wurde. Eine weit verbreitete Parole damals: „LPG Typ I – jeder macht Seins“.

Drittens: Es trat 1961/62 ein Rückschlag in der Marktproduktion ein. Sicherlich erinnern Sie sich an die Zeit, wo Butter und Fleisch wieder rationiert wurden und die Betriebsküche durchweg Nudelgerichte zubereitete. Ja, es stimmt: Es gab schlechte Witterungsbedingungen in ganz Mitteleuropa. Auch konnten Störungen in der Fruchtfolge durch das Zusammenlegen der Flächen nicht ausbleiben. Der Rückschlag erklärt sich zuvörderst aber aus der mangelnden Identifikation der neuen Mitglieder mit der LPG. Das zeigte sich auch darin, dass Bauern Teile des Viehstapels und auch Geräte und Maschinen verkauften. Erst 1963 zeigten sich Tendenzen einer Stabilisierung.

6: Die Langzeitwirkungen

1960 vor den Kopf gestoßen, fanden Zehntausende erst dann eine produktive Einstellung zur LPG, als sie an deren Gestaltung teilhatten.

Erstens. Nach einer Konsolidierungsphase setzte 1965 ein Produktionsanstieg ein. Dank der zugeführten Produktionsmittel, der Gestaltung eines neuen leistungsfördernden Preissystems für Agrarerzeugnisse, der Zuführung agrarwissenschaftlich gebildeter Fach- und Hochschulkader und wohl nicht zuletzt auch des zunehmenden Engagements trat ein Wachstumstempo ein, wie es zu keinem Zeitpunkt vorher gegeben war und nachfolgend auch nicht wieder erreicht wurde. Entsprechend den Leistungen wuchs das familiäre Einkommen, wozu die individuelle Nebenwirtschaft nicht unwesentlich beitrug. Die genossenschaftlichen Fonds wuchsen und damit auch die Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Zweitens: Durch die Bauernkongresse auf Kreis-, Bezirks- und Republik-Ebene und die Wahl von Landwirtschaftsräten mit Beschlusskompetenz fühlten sich LPG-Bauern in die Entscheidung der Agrarfragen einbezogen. In den Genossenschaften selbst erfuhren viele den Nutzen genossenschaftlicher Selbstbestimmung.

Drittens erhöhte sich dank intensiver Bemühungen um die berufliche Qualifizierung sprunghaft das berufliche Können, verbunden mit wachsender gesellschaftlicher Einsicht und größerem Selbstvertrauen. Die jährliche agra in Leipzig-Markkleeberg wurde zum Anziehungspunkt – nicht nur wegen Bier, Bockwurst und Kabarett.

Viertens: An vielen Stellen traten Arbeitserleichterungen durch Maschineneinsatz ein. Erstmals in ihrem Leben hat Bauern und Bäuerinnen Urlaub und eine geregelte Arbeitszeit. Sie erlebten durch Kindergärten, Gemeinschaftsküchen, Dienstleistungseinrichtungen u. a. eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Es begann der Eigenheimbau auf dem Lande.

Alles in allem: Man sah in den meisten Dörfern, das es vorwärts ging. Die SED gewann Vertrauen zurück. Erfolgserlebnisse überlagerten nun die Schrecknisse von 1960. Die meisten wollten nicht mehr an ihre schmerzlichen Erlebnisse erinnert werden. Nicht wenige fragten sich, weshalb sie sich damals so vehement gegen die LPG gewehrt hatten.

Ende der 60er Jahre gewannen Aussagen Realitätsgehalt, die die DDR-Volkskammer im Beschluss vom 25. April 1960 niedergelegt hatte: Überwindung aller Schranken der einzelbäuerlichen Wirtschaft, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem Lande, Herstellung der politisch-moralischen Einheit des Dorfes, Freisetzung aller Fähigkeiten und Talente der bäuerlichen Bevölkerung, Entwicklung einer neuen Klasse, der Klasse der Genossenschaftsbauern, Möglichkeit des rationellen Technikeinsatzes und der Anwendung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse zwecks Produktions- und Effektivitätssteigerung, schrittweise Überwindung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land.

Es bildeten sich stabile, leistungsfähige Großbetriebe der Pflanzen- und Tierproduktion heraus, die eine stabile Versorgung der Bevölkerung auf steigendem Niveau gewährleistete - weitestgehend auf der Basis der Eigenerzeugung. (Abbildung 10)

Was sagen Zeitzeugen? *Meine Erfahrung*: Spricht man mit früheren Genossenschaftsbauern, so sagen die meisten: Der genossenschaftliche Weg war richtig. Die positive Antwort verbindet sich aber zumeist mit einer Kritik an der Mangelwirtschaft, vor allem aber am staatlichen Dirigismus und Diktat von Parteileitungen, am Hineinzwängen in die LPG und an der administrierten betrieblichen Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion.

Prof. Dr. Siegfried Kuntsche, Agrarhistoriker 19077 Uelitz, Posten 13 (ehemaliges Eisenbahnerhaus)

Stellungnahme Kornelia Wehlan, Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg

Prof. Dr. Kuntsche, Agrarhistoriker: Stellungnahme zu den in der Veranstaltung am 25. April genannten Zahlenwerten:

-Nur Flüchtlingszahlen sind quellenmäßig gesichert. Siehe Folie 9. In der Endphase 1960/61 verließen 9.972 Landeigentümer die DDR, insgesamt im Zeitraum 1952 bis 1961 40.045 Landeigentümer –in der Regel mit ihren Familien. Wie die Zahl 15.500 zustande kommt, ist unklar.

-Statistisch errechnet sich, dass im ganzen Zeitraum 1952 bis 1960 410.000 Bauernhöfe von ihren Eigentümern in die LPG eingebracht wurden, davon 280.620 im Jahre 1960. Die Angabe in der „Märkischen“, „dass Anfang 1960 etwa 400.000...gezwungen wurden“ ist also unexakt. Vielleicht hat Böhmer die richtige Gesamtzahl genannt und der Redakteur verkürzt.

-Die sich vermutlich auf den Gesamtzeitraum beziehende Zahl von „etwa 200“ Fällen von Selbsttötungen ist völlig unklar. In der Podiumsdiskussion bei der Veranstaltung der AG Bäuerliche Landwirtschaft und der Bezirksbeauftragten für die Stasi-Unterlagen am 19. April in der Stiftung Aufarbeitung SED-Diktatur spielte das Faktum eine Rolle. Frau Dr. Münkel, die eine sachliche Analyse der MfS-Berichte 1960 an das SED-ZK vorgetragen hatte, bemerkte, dass das Ministerium solchen Fällen nachgegangen sei - jedoch zumeist ohne klares Ergebnis, meist mit dem Hinweis „Geistesverwirrung“. Zahlen nannte sie nicht. Übereinstimmend wurde

vom Podium bezweifelt, dass heute nach 50 Jahren Klärungen möglich sind.

Meine auf die eigenen, noch begrenzten Recherchen basierenden Vermutungen: Es hat Fälle der Selbsttötung gegeben. Die Zahl dürfte aber weit unter der Genannten liegen.

-8.000 Schauprozesse gegen Bauern. Diese der Pressemitteilung Nr. 209710 der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt entnommene Angabe zu den Kyritzer Ausführungen kann nicht auf 1960/61 bezogen werden. Möglicherweise gehen die Zahlen zu den Selbsttötungen und zu den „Schauprozessen“ auf Arbeiten von Falco Werkentin zurück (Soziologe, seit 1993 in Berlin Stellvertreter des Stasi-Beauftragten). Ich habe die beiden Bücher (Recht und Justiz im SED-Staat, Bonn 1998; Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Vom bekennenden Terror zur verdeckten Repression, Berlin 1995) noch nicht in der Hand gehabt.

Eine massive juristische Verfolgung von Bauern (vor allem mit größeren Höfen) begann 1951, als viele größere und kleinere Bauern die in diesem Jahr rapide vor allem für die oberen Größengruppen erhöhten Ablieferungsnormen nicht erfüllten. Ab Herbst 1952 bis zum Mai 1953 wurde diese Verfolgung großbauernfeindlich zugespitzt. Es kam zu unangemessen hohen Strafen mit Vermögenseinzug. Die Folge war die große Fluchtwelle. Erste Schauprozesse – sie sollten Säumige abschrecken – gab es bereits 1951. Die Zahl von 8.000 Schauprozessen ist völlig aus der Luft gegriffen. Sofern nicht Werkentin in seinen beiden Büchern dies nicht geleistet hat – was eher unwahrscheinlich ist –, steht bis heute eine detaillierte historische Analyse aus. Aus der Pressemitteilung kann ein Zusammenhang mit der Mitte 1952 eingeleiteten Politik zur Bildung von LPG herausgelesen werden, den es so nicht gab. Erst ab Ende 1952 können solche Zusammenhänge gegeben sein.

In der genannten Tagung am 19. April teilte Frau Dr. Münkel mit, dass 1960 270 Bauern verhaftet und insgesamt 76 Personen gerichtlich belangt wurden. Im Podium war man sich einig, dass die SED eine größere Zahl von Verhaftungen während der Kampagne nicht wollte, weil, man negative Rückwirkungen in den Dörfern befürchtete.

Es wird heute schwierig sein, bei den Gerichtsprozessen zu differenzieren, ob strafbare Handlungen, ob wirtschaftliche Schwierigkeiten oder ob politisch motivierte oder gar manipulierte Anklagen vorlagen. Wichtig wäre zu eruieren, wie viele Verurteilte bzw. Nachfahren auf der Grundlage des Unrechtsbereinigungsgesetzes eine Rehabilitierung beantragt und erreicht haben.

-Die Aussage von Frau Poppe, „166.000 Familien in der Landwirtschaft seien in den 50er und 60er Jahren von Zwangsmaßnahmen betroffen worden“ (Märkische Allgemeine 26.4.2010) habe ich bisher nicht prüfen können. Mir erscheint die Zahl viel zu hoch. Im Übrigen halte ich ihre Formulierung, die Bauern hätten „nur die Wahl gehabt ...zwischen Gefängnis, Flucht oder Eintritt in die LPG“, halte ich für tendenziös. Erstens sei daran erinnert, dass es nach dem Abschluss der kampagnemäßig organisierten LPG-Bildung 1960 immerhin noch 19.000 Einzelbauern gab. Außerdem sollte auf die von Frau Dr. Münkel am 19.4.10 genannten Zahlen der Verhaftungen hingewiesen werden.